



Detailansicht des Registereintrags

Dr. Tanja Wiebe LL.M. FinTax policy advice

Aktuell seit 07.07.2026 09:13:04

Natürliche Person

Registernummer:	R001023
Ersteintrag:	23.02.2022
Letzte Änderung:	07.07.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	07.07.2026
Tätigkeitskategorie:	Beratungsunternehmen, selbständige Beraterin oder selbständiger Berater

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

10.001 bis 20.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,19

Mitgliedschaften (3):

1. Wirtschaftsrat der CDU
2. Wirtschaftspolitischer Club Deutschland
3. VdU Verband der Unternehmerinnen

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (2):

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Wohnen

Die Interessenvertretung wird ausschließlich im Auftrag Dritter selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Mit meiner Firma FinTax policy advice betätige ich mich in den Bereichen Steuern, Finanzen, Wirtschaft, Recht und Immobilien. Wir arbeiten an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung.

Für Unternehmen:

Für Unternehmen analysieren wir Gesetzentwürfe, Erlasse und Rechtsprechung. Bei Bedarf entwickeln wir gemeinsam mit den Unternehmen Reformansätze. Zu dem individuellen steuer-/finanzpolitischen Anliegen des Unternehmens identifizieren und kontaktieren wir die richtigen Ansprechpartner aus Politik und Verwaltung auf Bundes- und Landesebene. Wir bereiten die Gespräche inhaltlich und organisatorisch vor und bringen uns in die Gesprächsführung ein.

Für Verbände und andere Institutionen

Zum zentralen steuerrechtlichen Thema eines Verbandes oder anderer Institutionen verfassen wir Analysen und Studien. Die Fragestellung wird aus rechtlicher, betriebs- und volkswirtschaftlicher Perspektive beleuchtet und kann mit einer politischen Aussage verbunden werden. Zudem konzipieren und moderieren wir Veranstaltungen, die das Anliegen des Verbandes auf die Agenda setzen.

Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern insbesondere des Bundesministeriums der Finanzen sowie einiger Finanzministerien der Länder sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages geführt. Darüber hinaus werden in Einzelfällen auch Stellungnahmen/ Eingaben zu konkreten Regelungsvorhaben erarbeitet und übermittelt.

Konkrete Regelungsvorhaben (2)

1. Umfassende Reform des Grunderwerbsteuerrechts

Beschreibung:

Ziel ist die Beobachtung der Entwicklungen um eine mögliche grundlegende Reform des Grunderwerbsteuerrechts sowie dessen gesetzliche Verankerung. Grundlage dafür bilden der Reformvorschlag zur Modernisierung des Grunderwerbsteuerrechts (Grunderwerbsteuer-Modernisierungsmodell - GrEst-MoMo) des Sächsischen Steuerkreises sowie der Diskussionsentwurf für ein Grunderwerbsteuer-Novellierungsgesetz (GrEstNG) des BMF. Im

Fokus der Beobachtung der weiteren Entwicklung steht die immer wiederkehrende öffentliche Debatte zur Eindämmung sog. Share Deals sowie die andauernden Beratungen von Bund und Ländern über eine mögliche Reform.

Betroffenes geltendes Recht:

GrEStG 1983 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

2. Erhalt der erweiterten Grundstückskürzung

Beschreibung:

Ziel ist, die sog. erweiterte Grundstückskürzung im Gewerbesteuerrecht zu erhalten (§ 9 Nr. 1 S. 2 ff. GewStG). Die Besteuerung von insbesondere Immobilien- Kapitalgesellschaften steht immer wieder als ungerechtfertigte Begünstigung in der Kritik. Es zeichnet sich eine Tendenz ab, die eine politische Bereitwilligkeit zur Abschaffung der erweiterten Grundstückskürzung vermuten lässt. Dem soll argumentativ entgegengetreten und das geltende Recht beibehalten werden.

Betroffenes geltendes Recht:

GewStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (1)

1. Auftrag

Im Rahmen des Auftrags zur Besteuerung im Bereich Immobilien (Umfassende Reform des Grunderwerbsteuerrechts/ Erhalt der erweiterten Grundstückskürzung) wurden Mails mit Hintergrund- und Positionsinformationen an Mitglieder des Deutschen Bundestages sowie an Steuerabteilungs-, Unterabteilungs- und Referatsleiter des Bundes versandt. Darüber hinaus wurden mehrere Gespräche mit den Adressaten geführt, um diese über die Hintergründe zu informieren und die Positionen zu artikulieren.

Interessenbereiche: Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben, Wohnen

Konkrete Regelungsvorhaben: Umfassende Reform des Grunderwerbsteuerrechts, Erhalt der erweiterten Grundstückskürzung

Auftraggeber/-innen (5):

1. Covivio Immobilien SE

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
1 bis 50.000 Euro

2. Deutsche Wohnen SE

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
1 bis 50.000 Euro

3. **LEG Immobilien SE**

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
1 bis 50.000 Euro

4. **Vivawest Wohnen GmbH**

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
1 bis 50.000 Euro

5. **Vonovia SE**

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
1 bis 50.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen:
Der Auftrag zur Interessenvertretung wird selbst ausgeführt

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro